

# Der Tag, an dem die Australier genug hatten

Von [Franziska Kohler](#). Aktualisiert am 17.12.2012

Ein Amoklauf mit 35 Toten bewirkte in Australien eine Kehrtwende in der Waffenpolitik – und einen Rückgang der entsprechenden Tötungsdelikte. Ist dies auch ein Weg für die USA?



Ungebrochene Faszination: Ein Zwölfjähriger betrachtet an einer Ausstellung der National Rifle Association of America (NRA) eine Handfeuerwaffe. (Archivbild)

Bild: AFP

«Wir können das nicht mehr tolerieren. Diese Tragödien müssen enden», sagte US-Präsident Barack Obama am Sonntag an der Gedenkfeier für die 28 Opfer des Amoklaufs in Newtown. Er versprach, in den kommenden Wochen die Macht seines Amtes zu nutzen, um gemeinsam mit der Polizei, Psychologen, Eltern und Lehrern darüber zu beraten, wie solche Tragödien zu verhindern seien.

Viele hoffen, dass Obama endlich auch eine Verschärfung der Waffengesetze ins Auge fasst. In den US-Medien melden sich aber gleichzeitig zahlreiche Politiker zu Wort, die gerade das Gegenteil fordern: Es brauche nun nicht strengere, sondern im Gegenteil weniger restriktive Waffengesetze, um solche Zwischenfälle künftig zu

verhindern – denn wenn noch mehr Waffen im Umlauf wären, dann könnten sich die Menschen bei einem Übergriff besser verteidigen.

### **Eine Million Waffen zerstört**

Dass aber strengere Waffengesetze tatsächlich zu weniger Morden durch Schusswaffen führen können, beweist Australien. Dort tötete ein Amokläufer vor 16 Jahren, im April 1996, in einem Touristenort in Tasmanien 35 Menschen. Er benutzte dafür, ebenso wie der Täter von Newtown, ein halb automatisches Sturmgewehr. Die Zahl der in den vorherigen zwölf Jahren in Australien durch Amokläufe getöteten Menschen stieg damit auf 100. Die Bevölkerung war geschockt – und hatte genug von den geltenden Waffengesetzen, die zu diesem Zeitpunkt ebenso nachlässig waren wie jene in den USA. 90 bis 95 Prozent der Australier sprachen sich in einer Umfrage für eine strengere Regelung aus.

Nur zwölf Tage nach dem Amoklauf kündigte der damalige konservative australische Premierminister John Howard eine Revision des Waffengesetzes an: Schnellfeuerwaffen und Schrotflinten wurden verboten, die Vergabe für Waffenlizenzen verschärft, und die verbleibenden Waffen mussten fortan nach einem neuen nationalen Standard registriert werden. Zudem organisierte die australische Regierung zwei nationale «gun paybacks» oder Waffenrückkaufsaktionen: Mehr als eine Million Waffen wurde eingesammelt und zerstört – laut Berechnungen des Nachrichtensenders [CNN](#) entsprach dies dazumal einem Drittel des gesamten Waffenbestandes.

Das Ergebnis der verschärften Gesetze scheint eindeutig: Waren in den 18 Jahren vor der Gesetzesänderung mehr als ein Dutzend Amokläufe gezählt worden, hat es seither kein einziges weiteres Massaker mehr gegeben. Das Risiko, in Australien durch eine Schusswaffe getötet zu werden, ist um 50 Prozent gefallen.

### **Kein Platz auf der Themenagenda**

Dass es auch in den USA in absehbarer Zukunft zu einem solchen Richtungswechsel kommen wird, ist laut dem Politikwissenschaftler Louis Perron höchst unwahrscheinlich. «Einerseits wurde das geltende Gesetz von der Waffenlobby und den Republikanern zum unantastbaren Heiligtum gemacht. Andererseits hat sich die Position der Waffengegner in den letzten Jahren gesamthaft eher geschwächt.» Der Amoklauf von Newtown habe die Debatte zwar angeheizt. Auf lange Sicht werde das

Thema aber wieder durch dringlichere Probleme, allen voran die Wirtschaftskrise, von der Agenda verdrängt.

Anders als in Australien, wo der Premierminister per Definition die Mehrheit im Parlament stellt und seine Erlasse darum nicht blockiert werden können, müsste US-Präsident Obama zudem das republikanisch dominierte Repräsentantenhaus für eine Verschärfung des Waffengesetzes gewinnen. Das ist laut Perron nahezu unmöglich – «zumal sogar gewisse Demokraten vor allem aus dem Süden dagegen stimmen würden». (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)